

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 17. Juni 2013, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 23 und 24 vom 6. und 13. Juni 2013 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Ingold Rolf
Stimmzähler	Frau Fankhauser Larissa und Herr Aeschbacher Yves
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Bachmann Véronique, Beck Daniel, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bossard-Jenni Tabea, Bucher Theophil, Burkhard Georg, Burri Maja, Fankhauser Karin, Geiser Urs, Gerber Thomas, Haller Dieter, Kuster Müller Beatrice, Manz Pierre, Meier Christine, Meier Marcel, Messerli Niklaus (ab Traktandum 1), Mumenthaler-Bill Mirjam, Muster Adrian, Niederhauser David, Penner Nadaw, Pfister Urs (ab Traktandum 6), Pieren Nadja (ab Traktandum 5), Rappa Francesco, Ritter Michael, Rosser Bruno, Rössler Andreas, Rüfenacht Andrea, Sägesser Heinz, von Arb Peter, Weber Werner, Wyss Christoph und Wyss-Schreiber Melanie
Entschuldigt	Damen und Herren Heimgartner Gaby, Dubach Roland, Gnehm Urs und Righetti Sandro
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Gübeli Charlotte, Kummer Hugo, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	Herr Probst Andrea
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftspersonen	Herr Muralt Christoph, Leiter Finanzen
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1.	Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 13. Mai 2013	3
2.	Informationen des Stadtratspräsidenten	3
3.	Informationen aus dem Gemeinderat	3
4.	Wahl und Konstituierung der Volksschulkommission für die Amtsperiode 1. August 2013 bis 31. Juli 2017	4
5.	Allgemeines Gebührenreglement (AGebR)	6
6.	Geschäftsbericht 2012; Beratung und Genehmigung	7
7.	Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen	12
8.	Auftrag SVP-Fraktion betreffend Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Gemeindegebiet	14
9.	Motion BDP-Fraktion betreffend Littering-Konzept für die Stadt Burgdorf	18
10.	Interpellation Beatrice Kuster Müller (EVP) betreffend Abfallentsorgung	19
11.	Dringliche Interpellation Grüne Burgdorf und Mitunterzeichnende betreffend Neubau Velostation als Chance für Burgdorf und die Region	19
12.	Verschiedenes und Unvorhergesehenes	20

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmzählerin Fankhauser Larissa durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 33 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträtin Pieren Nadja und Stadträte Messerli Niklaus und Pfister Urs treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 13. Mai 2013

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt mit 32 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 13. Mai 2013.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Ingold Rolf begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Im speziellen begrüsst er als neues Mitglied Stadtrat Rössler Andreas.

Der Vorsitzende erinnert erneut an den diesjährigen Stadtratsausflug. Dieser findet am 22. August 2013 ab zirka 16.15 Uhr statt. Treffpunkt ist bei der Localnet-Arena. Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt. Die Einladung wird in Kürze verschickt. Im weiteren erinnert der Vorsitzende an den Workshop Kulturhalle Sägegasse vom 22. Juni 2013 von 09.00 bis zirka 14.00 Uhr. Am 11. Juli 2013 macht der Gigathlon in Burgdorf halt. Dieser findet den ganzen Tag in der Nähe der Schützematte statt. Die Wechselzone befindet sich in Burgdorf. Die ersten Teilnehmenden werden kurz vor Mittag erwartet. Der Anlass dauert bis zirka 22.00 Uhr. Eine Gruppe der Sportkommission sowie Mitglieder des SR bilden das OK. Burgdorf soll sich gut präsentieren.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über die Eigentümerstrategie der Localnet AG, die Zufahrt Emmental sowie die Umgestaltung der Arbeitszonen. Der Gemeinderat (GR) hat zusammen mit der Localnet AG die Eigentümerstrategie verabschiedet. Der SR wird die Eigentümerstrategie per Mail erhalten. Die Mitglieder des SR werden ebenfalls die Interessensbindungen der Mitglieder des GR erhalten. Im weiteren informiert Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth, dass in den letzten Tagen viel über die Zufahrt Emmental in den Zeitungen stand. Grundsätzlich will die Regierung die Zufahrt Emmental weiter vorantreiben. Sie hat aber das Projekt umgetauft in "Verkehrssanierung Burgdorf-Oberburg-Hasle". Dies zeigt, dass man parallel zur Zufahrt Emmental auch andere Lösungen überprüft. Es ist aber grundsätzlich so, dass die Zufahrt Emmental ins Aggloprogramm 2018 - 2021 aufgenommen werden soll. Auf diesem Weg kommt man noch zu Bundesgeldern. Bis allenfalls gebaut werden kann, dauert es noch seine Zeit. Deshalb muss weiterhin geprüft werden, was man auf den jetzigen Strassen verbessern kann. Der Verkehr nimmt trotz dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs weiterhin zu. Der Verkehr auf unserer Hauptverkehrsachse ist grösser als im Gotthardtunnel. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass der SR bereits über die Umgestaltung der verschiedenen Arbeitszonen in Burgdorf mittels Medienmitteilung informiert wurde. Die Präsentationen der Möglichkeiten liegen jetzt vor. Die Auflage läuft im Moment und kann auf der Homepage der Stadt Burgdorf eingesehen werden. Wer Interesse hat, kann bei der Mitwirkung mithelfen.

Gemeinderat Urech Peter orientiert über die Revisionsstelle für die Prüfung der Jahresrechnung. Vor einem Jahr erteilte der SR der PKO Treuhand GmbH den Auftrag, die Jahresrechnungen 2012 und 2013 zu prüfen. In einem Jahr muss der SR erneut darüber befinden, wer die Rechnungen ab 2014 überprüft. Die Situation vor einem Jahr hat im SR zu Verwirrungen geführt. Der SR hat im Jahr 2008 im Grundsatz beschlossen, dass die Revisionsstelle entgegen der GO, welche eine zweijährige Dauer vorsieht, neu für vier Jahre gewählt werden soll. Bei der nächsten Teilrevision der GO hätte dieser Beschluss umgesetzt werden sollen. Diese Anpassung ist bisher nicht erfolgt. Der GR hat an der letzten Sitzung beschlossen, dass die Änderung bei nächster Gelegenheit umgesetzt und in der GO angepasst wird. Im Moment ist noch unklar, wann dies der Fall sein wird, weil es wenig Sinn macht, wegen dieser Änderung eine Volksabstimmung durchzuführen. Die Änderung muss zusammen mit der nächsten Anpassung der GO erfolgen. Der GR entschuldigt sich, dass diese Anpassung bis jetzt noch nicht gemacht wurde. Die Anpassung ist bei der letzten Revision der GO betreffend Finanzkompetenzen in Vergessenheit geraten. Man war der Meinung, dass es nicht die geeignete Gelegenheit ist, diese Änderung zusammen mit den Finanzkompetenzen zu erledigen. Im Zusammenhang mit den Neuwahlen betreffend der Revisionsstelle muss die Ausschreibung so erfolgen, dass ein Wechsel möglich ist. Die Gelegenheit für einen Wechsel muss diskutiert werden.

Stadtrat Wyss Christoph möchte wissen, wie lange die jetzige Revisionsstelle noch verpflichtet ist.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass sie nur noch die Jahresrechnung 2013 überprüft. Die Neuwahl wird im nächsten Jahr stattfinden.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert über die Langsamverkehrsbrücke. Es sind Bemerkungen gefallen, dass die Brücke nicht ins Bild passe und viel zu hoch sei. Das Hochwasser vor kurzer Zeit hat gezeigt, warum die Brücke so hoch gebaut wurde. Während dem Hochwasser wurden 350 Kubikliter pro Sekunde gemessen. Im Jahr 1999 waren es 600 Kubikliter pro Sekunde. Die Berechnungen haben gezeigt, dass die Brücke sicher ist. Die Einweihung der Neumattbrücke findet am 27. Juni 2013 ab 18.30 Uhr statt.

4. Wahl und Konstituierung der Volksschulkommission für die Amtsperiode 1. August 2013 bis 31. Juli 2017

Stadtratspräsident Ingold Rolf informiert über das Vorgehen. Gemäss Artikel 5 des Kommissionsreglements wählt der SR das Präsidium der stadträtlichen Kommissionen. Im übrigen konstituiert sich die Kommission selber. Zuerst werden die Kommissionsmitglieder gewählt und im Anschluss das Präsidium.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, beantragt, wie dies bei den letzten Kommissionswahlen üblich war, dass über die Mitglieder einzeln abgestimmt und dann das Präsidium gewählt wird. Im weiteren wird vorgeschlagen, dass die zu wählenden Personen kurz vorgestellt werden.

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass die Wahlvorschläge dem SR schriftlich vorliegen. Die Parteien werden gebeten, ihre Kandidaten kurz vorzustellen.

Stadträtin Bachmann Véronique, namens der FDP-Fraktion, stellt Hofer Kläy Christian vor. Sein Lebenslauf wurde verschickt. Herr Hofer Kläy Christian ist sehr geeignet für dieses Amt. Er hat sich mit dem Bereich Bildung in allen Funktionen auseinandergesetzt. Er würde sich zudem für das Präsidium sehr eignen.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, stellt die Herren Geiser Urs und Toure Moussa vor. Geiser Urs hat den grössten Teil seiner Schulzeit in Burgdorf verbracht. Er hat sich auch überlegt, Lehrer zu werden. Er möchte sich nun für die Volksschulkommission engagieren. Er ist bereit, die nötige Zeit aufzubringen. Toure Moussa ist auf der Ersatzliste der SP. Er war während dem Wahlkampf ebenfalls anzutreffen. Toure Moussa ist Fachmann Gesundheit und arbeitet beim Regionalspital Emmental. Er hat fünf schulpflichtige Kinder. In seiner Freizeit trainiert er die Junioren beim SC Burgdorf. Er möchte sich nun zusätzlich in der Volksschulkommission für die Anliegen der Eltern, Jugendlichen und Lehrerschaft einsetzen.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, stellt Rascher-Aeschimann Barbara vor. Rascher-Aeschimann Barbara ist am 31. Dezember 1965 in Burgdorf geboren. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sie ist eidgenössisch diplomierte Kauffrau des Detailhandels und arbeitet bei der Schwob AG als Sachbearbeiterin Einkauf. Sie spielt Curling, fährt Ski und jasst gerne. Sie ist bereits Mitglied der Volksschulkommission. Ihre Motivation, weiterhin in der Volksschulkommission mitzumachen, ist der Erhalt und Ausbau der Qualität des Unterrichts der öffentlichen Schulen und die Kommunikation zwischen Schule und Lehrern sowie die Förderung von allen Schülern.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, stellt Remund Marc und Seiler-Langenegger Ursula vor. Remund Marc ist am 24. Mai 1978 in Burgdorf geboren. Er ist im Neumattschulhaus und Pestalozzischulhaus zur Schule gegangen. Er ist Elektriker und arbeitet bei der Beutler Etavis AG. Er war bis zur RS beim Kadettencorps als Leiter tätig. Er möchte mithelfen, die Jugend zu fördern. Seiler-Langenegger Ursula ist am 24. September 1977 in Langnau als Bauerntochter geboren. Aufgewachsen ist sie in Trubschachen und hat neun Jahre die Primarschule in Langnau absolviert. Nach dem Schulabschluss hat sie ein Jahr die WBK besucht und anschliessend die Ausbildung als Hotelfach- und Servicefachangestellte im Restaurant Hirschen in Langnau mit Erfolg abgeschlossen. Sie hat drei schulpflichtige Kinder und interessiert sich für die Schulen. Ihr Mann war vier Jahre im Elternrat Neumatt tätig.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, stellt Walter Grimm Inès vor. Sie ist bekannt, denn sie war längere Zeit Mitglied des SR. Sie ist bereits Mitglied der Volksschulkommission. Sie ist Bildungswissenschaftlerin und arbeitet bei der Erwachsenenbildung der reformierten Kirchgemeinde. Sie hat drei Kinder. Sie kennt das Bildungswesen in Burgdorf. Walter Grimm Inès kann man bestens für dieses Amt empfehlen.

A b s t i m m u n g

Mitglied Hofer Kläy Christian

Der Stadtrat wählt einstimmig Hofer Kläy Christian als Mitglied der Volksschulkommission.

Mitglied Geiser Urs

Der Stadtrat wählt einstimmig Geiser Urs als Mitglied der Volksschulkommission.

Mitglied Rascher-Aeschimann Barbara

Der Stadtrat wählt einstimmig Rascher-Aeschimann Barbara als Mitglied der Volksschulkommission.

Mitglied Remund Marc

Der Stadtrat wählt einstimmig bei 1 Enthaltung Remund Marc als Mitglied der Volksschulkommission.

Mitglied Seiler-Langenegger Ursula

Der Stadtrat wählt einstimmig Seiler-Langenegger Ursula als Mitglied der Volksschulkommission.

Mitglied Toure Moussa

Der Stadtrat wählt einstimmig Toure Moussa als Mitglied der Volksschulkommission.

Mitglied Walter Grimm Inès

Der Stadtrat wählt einstimmig Walter Grimm Inès als Mitglied der Volksschulkommission.

Präsidium Hofer Kläy Christian

Der Stadtrat wählt einstimmig Hofer Kläy Christian als Präsident der Volksschulkommission.

5. Allgemeines Gebührenreglement (AGeBR)

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass der beigelegte Entwurf der Verordnung inklusive Anhänge nicht zur Diskussion steht, weil die Verordnung in der Kompetenz des GR liegt. Die Verordnung wurde nur zur Information beigelegt. In der Vorlage sind die Erläuterungen und Erklärungen kursiv geschrieben. Dem GR wird für die Vorlage in dieser Art und Weise gedankt. Mit dem Gebührenreglement inklusive der Verordnung kann die Stadt Burgdorf alle Gebühren auf einen Blick zur Verfügung stellen. Der Vorsitzende informiert über das weitere Vorgehen. Nach den Sprechern der GPK und des GR erfolgt die allgemeine Umfrage im Rat und im Anschluss die Detailberatung. Am Schluss erfolgt die Abstimmung. Der Vorsitzende stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadträtin Fankhauser Larissa, namens der GPK, informiert, dass das vorliegende Geschäft an der letzten Sitzung eingehend besprochen wurde und dass beide Auskunftspersonen, Gemeinderat Urech Peter und Stadtschreiber Schenk Roman, die gewünschte Auskunft erteilt haben. Bei der vorliegenden Änderung des Gebührenreglements handelt es sich eigentlich nur um eine Zusammentragung aller Gebührenregelungen aus den verschiedenen kommunalen Reglementen und Verordnungen in ein einziges Reglement. Dies soll primär auch zu einer gewissen Vereinfachung der Übersicht dienen und damit kundenfreundlicher sein. Die Tarifänderung in der beigelegten Verordnung lässt sich einerseits durch die Teuerungsanpassung und andererseits durch die Einfließung der bundesgerichtlichen Rechtssprechung, wonach Gebühren kostendeckend zu sein haben, und dem Äquivalenzprinzip entsprechen müssen, begründen. Die Anpassung an diese beiden Prinzipien ist zwingend. Gemäss dem Kostendeckungsprinzip soll der Gesamtertrag der erhobenen Gebühr die Gesamtkosten des Gemeinwesens für den betreffenden Verwaltungszweig oder die betreffende Einrichtung nicht oder höchstens geringfügig übersteigen. Zu beachten ist aber, dass zum Gesamtaufwand auch angemessene Rückstellungen, Abschreibungen und Reserven hinzugerechnet werden müssen. Eine gewisse Quersubventionierung innerhalb des betreffenden Verwaltungszweiges ist somit zulässig. Nach dem Äquivalenzprinzip darf die erhobene Abgabe im Einzelfall zum objektiven Wert der Leistung nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis stehen und muss sich in vernünftigen Grenzen bewegen. Die GPK hat es begrüsst, dass dem SR, obwohl in die Kompetenz des GR fallend, einen Vorentwurf der Gebührenverordnung mitgegeben wurde. Es ist aber Vollständigkeitshalber zu erwähnen, dass der SR keinen Einfluss auf die Ausgestaltung der Verordnung hat, weil diese eben in der Kompetenz des GR liegt. Die Vorlage ist somit formell in Ordnung, womit die GPK das Geschäft zur Beratung und zum Beschluss an den SR überweist.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass das Wesentliche über den Inhalt des Reglements bereits gesagt wurde. Im Reglement müssen zeitgemässe und allgemeine Rechtsgrundsätze eingehalten werden. Der Entwurf der Gebührenverordnung wurde beigelegt, weil man volle Transparenz schaffen will. Es soll aufgezeigt werden, was in der Verwaltung angedacht wurde. Der GR hat die Verordnung noch nicht behandelt. Die Diskussionen müssen erst noch geführt werden. Wenn noch Änderungen zu den Gebührenerhöhungen auffallen, könnte man diese im Sinne von Anregungen bei der gemeinderätlichen Diskussion einbringen. Der GR schlägt eine kleine sprachliche Änderung zum Artikel 26 vor. Mit dem Artikel 26 wird eine geringfügige Änderung des Bestattungsreglements vorgenommen. Es handelt sich um eine Präzisierung, beziehungsweise eine sprachliche Korrektur. Die Gebühren im Bestattungswesen sind im Rahmen des Tarifs gemäss Anhang 1 des Bestattungsreglements festgelegt. Im Artikel 22 soll dies ausdrücklich so erwähnt werden. Die Ziffern 1.103 bis 1.108 werden aufgehoben. Es geht dabei um die Gebühren von Versiegelungen und Testamentsdiensten. Dieser Teil der Gebühren soll weiterhin Bestandteil des Bestattungsrechts bleiben und nicht in die allgemeine Gebührenregelung aufgenommen werden. Der GR beantragt deshalb diese Änderung.

Antrag GR

Indirekte Änderung von Artikel 22 des Bestattungsreglements

Stadträtin Burri Maja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit dem vorliegenden Allgemeinen Gebührenreglement eingehend auseinandergesetzt und es geprüft hat. Die SP-Fraktion anerkennt bei der Überarbeitung des vorliegenden Gebührenreglements die grosse Arbeit der Stadtverwaltung mit der Unterstützung des Büro Arn und Friedrich. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die grossartige Arbeit. Die SP-Fraktion hat keine Einwendungen zum allgemeinen Gebührenreglement und empfiehlt es dem SR zur Annahme.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass man das Gebührenreglement und die Erhöhung der Gebühren begrüsst. Im Rahmen der Finanzstrategie wird es begrüsst, dass auch Mehreinnahmen generiert werden. Es darf aber nicht sein, dass Burgdorf seine Steuern über die Gebühren einnimmt. Es sollte eine gewisse Vergleichbarkeit mit den Nachbargemeinden herrschen. Es darf nicht sein, dass alles von Lyssach oder Oberburg bezogen wird. Die EVP-Fraktion stellt sich die Frage, ab wann man einheimisch oder auswärtig ist.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass man dort einheimisch ist, wo man Wohnsitz hat und die Steuern bezahlt. Bei den Vereinen und Organisationen wird es so sein, dass der Sitz des Vereins oder der Organisation massgebend ist.

D e t a i l b e r a t u n g
(Artikel ohne Bemerkungen werden nicht geführt.)

Artikel 26

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass über den Antrag des GR abgestimmt werden muss.

Antrag GR
Indirekte Änderung von Artikel 22 des Bestattungsreglements

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag des Gemeinderates zu.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Beschlussanträge

1. Das Allgemeine Gebührenreglement (AGebR) wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat setzt dieses Reglement in Kraft.

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Beschlussanträge.

6. Geschäftsbericht 2012; Beratung und Genehmigung

Stadtratspräsident Ingold Rolf dankt dem GR und insbesondere der Verwaltung für den Geschäftsbericht 2012. Der Vorsitzende erlebt nun bereits zum siebten Mal den Geschäftsbericht nach NPM und stellt fest, dass die Aufmachung zwar immer noch gleich aussieht, aber sich die Qualität von Jahr zu Jahr positiv entwickelt hat. Der Bericht ist gespickt mit vielen Informationen und Auskünften. Auch wenn es einiges an Aufwand bedeutet, die Zahlen, Kommentare und Erläuterungen zusammenzutragen, ist der Geschäftsbericht ein wichtiges Zeugnis unserer Zeit vom politischen Schaffen und Wirken für das Wohl und Vorwärtskommen von Burgdorf. Der Vorsitzende stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, informiert, dass bereits zum siebten mal der Geschäftsbericht unter NPM zur Behandlung vorliegt. Wie hoffentlich allen bekannt ist, handelt es sich dabei um die Verschmelzung von Verwaltungsbericht und Jahresrechnung. Am 7. Mai 2013 führte die GPK in einer ganztägigen Veranstaltung die Ergebnisprüfung durch. Im Rahmen der ordentlichen Sitzung vom 30. Mai 2013 behandelte die GPK den gesamten Geschäftsbericht. Als Auskunftspersonen standen Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth, Stadtschreiber Schenk Roman, Gemeinderat Urech Peter und Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, zur Verfügung. Sie haben geduldig, ausführlich und kompetent alle kritischen Fragen der GPK beantwortet. Anlässlich dieser Sitzung verabschiedete die GPK sowohl den Geschäftsbericht wie auch den Bericht zur Ergebnisprüfung. Die Struktur und der Aufbau des Geschäftsberichtes sind nun allseits bekannt und bewähren sich. Übersichtlichkeit, Informationsgehalt und Darstellung sind gut. Die Vorschläge, welche in den letzten Jahren eingebracht wurden, sind soweit möglich in den Geschäftsbericht eingeflossen. Der erreichte Standard hat ein gutes Niveau, die Kommentare sowie die Fussnoten dienen zu einem besseren Verständnis des Berichtes und sind zur Erläuterung von Abweichungen oder Umfragen zwingend notwendig. Da kann teilweise noch etwas präziser kommentiert werden. Redaktionelle Kommentare seitens der GPK sind aus dem GPK-Protokoll ersichtlich. Generell bietet der Geschäftsbericht dem Leser aber mit verhältnismässig geringem Zeitaufwand viele Informationen über

das vergangene Jahr. In diesem Sinne dankt die GPK der gesamten Verwaltung und allen Angestellten der Stadt Burgdorf für die geleistete Arbeit. Gemäss Artikel 21 der Gemeindeverordnung setzt die Gemeinde ein Organ ein, das die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung überprüft. In der Stadt Burgdorf ist diese Aufgabe mit Artikel 36 Absatz 4 im Organisationsreglement des SR der GPK übertragen und fand entsprechend den Festlegungen im Handbuch der GPK statt. Hauptaufgabe dabei ist es, jährlich die Berichterstattung über die Zielerreichung zu prüfen und den SR über das Prüfergebnis zu informieren. Die GPK überprüft im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung von abgeschlossenen Vorgängen. Es geht darum zu prüfen, ob die Daten über die Standards und Indikatoren richtig erhoben, erfasst, zusammengestellt, ausgewertet und kommentiert werden. Die Erkenntnisse der GPK werden in einem Bericht zusammengefasst. Zusätzlich zur standardisierten Überprüfung hat die GPK auch die Umsetzung bisheriger Empfehlungen überprüft. Wie bereits erwähnt, erfolgte die Ergebnisprüfung am 7. Mai 2013 in einer ganztägigen Veranstaltung. Die GPK hat wiederum drei Prüfteams gebildet und insgesamt sechs Produktgruppen unter Beizug von Auskunftspersonen der entsprechenden Direktion der Stadtverwaltung überprüft. Um einen guten Querschnitt zu erzielen, überprüfte die GPK in verschiedenen Direktionen, mit Ausnahme der Baudirektion, eine oder zwei Produktgruppen. Auf eine Überprüfung der Baudirektion wurde verzichtet, da diese in der im August stattfindenden Verwaltungskontrolle überprüft wird. Die Teams der GPK wurden von allen Direktionen freundlich empfangen und es herrschte volle Transparenz. Die Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung verliefen sehr konstruktiv und in einem offenen Rahmen. Die GPK dankt der Verwaltung und den Auskunftspersonen für ihre Kooperationsbereitschaft. Die Ergebnisse wurden protokollarisch festgehalten und später der Gesamtkommission erläutert und diskutiert. Im Anschluss daran hat die GPK die Ergebnisse beraten, gewürdigt, Empfehlungen ausgearbeitet und das Ganze in einem Bericht festgehalten. Aus der Ergebnisprüfung sind vier Empfehlungen für die gesamte Stadtverwaltung und insgesamt zwei für die Produktgruppen 11, 33, 35, 50, 61 und 71 entstanden. Diese sind im Bericht aufgelistet. Der anlässlich der früheren Ergebnisprüfungen der Geschäftsberichte gewonnene Eindruck, dass die Direktionen seit der Einführung gut mit NPM zurechtkommen, hat sich bestätigt. NPM ist eingeführt, NPM wird gelebt, NPM ist akzeptiert. Die durch die GPK in früheren Berichten empfohlenen Massnahmen konnten teilweise umgesetzt werden. Im speziellen wird auf die NPM-Schulungsoffensive für Mitarbeitende wie auch für den SR oder die nun klaren Regelungen bezüglich den internen Verrechnungen hingewiesen. Die GPK bestätigt, dass der Geschäftsbericht unter Vorbehalt der im Bericht aufgeführten Punkte aussagekräftig und richtig ist. Es wird darauf verzichtet im Detail auf die Jahresrechnung einzugehen, da dies der zuständige Gemeinderat Urech Peter sicher in seinem Plädoyer machen wird. Wir dürfen uns von den präsentierten Zahlen nicht blenden lassen. Der gute Abschluss wird durch ausserordentliche Gewinne erreicht und täuscht darüber hinweg, dass die Rechnung trotz allen Sparbemühungen nach wie vor ein strukturelles Defizit von rund 2 Mio. Franken aufweist. Darauf und wie dieses in den Griff bekommen werden kann, muss unser Fokus für die Zukunft liegen. Die GPK dankt allen Beteiligten für die umsichtige Finanzplanung und -führung, welche zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, die Beschlussanträge des GR und somit den Geschäftsbericht 2012 zu genehmigen.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass das Wesentliche bereits gesagt wurde. Die Dankesbekundungen werden gerne entgegengenommen und an die Verwaltung weitergeleitet. Im SR hat es auch schon anders getönt. Im Geschäftsbericht ist zudem eine Aufzählung zu der Erreichung der Legislaturziele aufgeführt. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 3.4 Mio. Franken ab. Der Voranschlag hat mit einem Ertragsüberschuss von 2.8 Mio. Franken gerechnet. Zum ersten Mal erreicht Burgdorf einen Umsatz über 100 Mio. Franken. Im Jahr 2007 hat Gemeinderat Urech Peter das Ressort Finanzen übernommen. Ab diesem Zeitpunkt wurde ein Bilanzfehlbetrag ausgewiesen. Nach einer vierjährigen Phase ist man nun auf dem aufsteigenden Ast. Allerdings kann man nicht von einer rosigen Zukunft ausgehen. Der Gewinn erhöht das Eigenkapital von 8.2 auf 11.6 Mio. Franken per Ende Jahr. Dies sind rund fünf Steuerzehntel. Die Selbstfinanzierung, der Cashflow, beträgt 8.5 Mio. Franken. Folgende Faktoren haben zu einem besseren Ergebnis geführt: Es konnte ein Mehrlös bei den Steuereinnahmen von 0.9 Mio. Franken verbucht werden. Dank aufgelösten Rückstellungen konnten Mindererträge bei den natürlichen Personen kompensiert werden. Bei den juristischen Personen resultieren ebenfalls Mindereinnahmen von Fr. 234'000.--. Bei den anderen ordentlichen Steuern haben insbesondere einmalige Grundstückgewinnsteuern zu einem positiven Mehrertrag von über Fr. 900'000.-- beigetragen. Bei den Mehrerträgen der Buchgewinne beim Finanzvermögen wurde im Budget mit insgesamt 5.3 Mio. Franken gerechnet. Effektiv betragen diese aber 6.8 Mio. Franken. Zusätzlich sind durch die Verkäufe Grundstück Buchmatt, Liegenschaft Geissrütliweg und Liegenschaft Pestalozzistrasse einmalige Buchgewinne angefallen. Auf der anderen Seite ist ein Mehraufwand bei den Kantonsabgaben zu

verzeichnen. Die Kantonsabgaben sind im Geschäftsjahr 2012 wiederum überproportional angestiegen. Es sind damit gebundene Mehrkosten von insgesamt 2.2 Mio. Franken entstanden. Den grössten Brocken hat die neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinde im Bereich Erwachsenen- und Kinderschutz im Umfang von 1.1 Mio. Franken ergeben. Der Bestand der Aktiven hat sich von 151 auf 156 Mio. Franken erhöht. Die Anlagen vermehren sich vor allem auf Grund der Aufwertung der Liegenschaft Kornhaus um 5 Mio. Franken. Das Eigenkapital hat sich um den erwähnten Beitragsüberschuss von 3.8 Mio. Franken erhöht. Die mittel- und langfristigen Schulden sind um 3 Mio. Franken auf 86 Mio. Franken reduziert worden. Die Entwicklung der langfristigen Schulden zeigt, dass diese durch die Investitionen wieder steigen. Dank der guten Situation auf dem Zinsmarkt können die Schulden herabgesetzt werden. Investitionen wurden im Umfang von brutto 10.6 Mio. Franken getätigt. Darlehensrückzahlungen wurden im Umfang von 1.5 Mio. Franken getätigt. Die Subventionsbeiträge betragen per Ende Jahr 2012 2 Mio. Franken. Die Hochrechnung zum Abschluss 2013 zeigt, dass die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden den Gemeinden grosse Sorge bereitet. Die bevorstehenden Sanierungsmassnahmen des Kantons werden auch Einfluss auf die Gemeinden haben. Ausserdem zeigt die Kostenentwicklung beim FILAG-System, dass in den kommenden Jahren massive Mehrkosten auf die Gemeinden zukommen. Diese Entwicklung kann man auf Gemeindeebene überhaupt nicht steuern. Die Hochrechnung für das Jahr 2013 für Burgdorf zeigt, dass man gegenüber dem Budget mit Mehrkosten von rund 1 Mio. Franken rechnet. Diese Mehrkosten können nicht kompensiert werden. Hinsichtlich der Steuererträge befindet sich Burgdorf nach den ersten Ratenbeträgen unter Budgetkurs. Wobei dies noch nicht allzu viel zu sagen hat, denn es kann sich noch einiges ändern. Die Hochrechnung per Ende Mai zeigt ein leicht höheres Defizit als budgetiert. Das Resultat 2012 ist auf den ersten Blick erfreulich, wenn man aber bedenkt, dass der Ertragsüberschuss 3.4 Mio. Franken ausmacht und einmalige Buchgewinne von 6.8 Mio. Franken resultieren, ist das Resultat nüchtern betrachtet eine echte Herausforderung für den laufenden Budget- und Finanzierungsplanprozess. Strukturell fehlen nach wie vor gegen 2 Mio. Franken pro Jahr. Der finanzielle Spielraum bleibt eng. Die Sanierungsmassnahmen müssen weiterhin konsequent umgesetzt werden. Die bis jetzt durchgeführten Massnahmen haben zwar zu einer beträchtlichen Entlastung geführt. Ob diese aber ausreichen, die Kantons- und Infrastrukturkosten auszugleichen, wird sich noch zeigen.

Stadtratspräsident Ingold Rolf informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgt die allgemeine Diskussion und danach erfolgt die Detailberatung.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man den Geschäftsbericht eingehend studiert hat. Man schliesst sich dem Bericht der GPK an, vor allem auch den erkannten Konsequenzen betreffend den Finanzen. Künftig möchte man jedoch einen Schritt weitergehen. Der Geschäftsbericht ist gut, aber es ist eigentlich ein Reporting ohne Massnahmeninhalt. Eigentlich müsste man die entsprechenden Massnahmen und Analysen pro Direktion ebenfalls erfassen. Als Aussenstehende soll man sehen, dass die Verwaltung die Mängel erkannt hat und auch korrigieren will. Die BDP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Die BDP-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht zu.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, informiert, dass man den Geschäftsbericht studiert hat. Ein grosses Dankeschön geht an die Verwaltung. Es sind fast keine Fragen aufgetaucht. Einzelne Fragen erfolgen bei der Detailberatung. Die SP-Fraktion wird den Punkt 1 zur Kenntnis nehmen und den Punkten 2 und 3 zustimmen. Vor allem die kantonale Politik macht uns Sorgen. Die Regierung von Burgdorf hat es geschafft, den Spagat zwischen Sparübungen und dem Angebot an die Bevölkerung zu machen. Die SP-Fraktion schaut auch mit Sorgen in die Zukunft. Der positive Abschluss wird aber erfreut zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass man den Geschäftsbericht gelesen hat. Ein Dank geht an alle Beteiligten. Die SVP-Fraktion wird den Geschäftsbericht geschlossen verabschieden. Wie bereits erwähnt wurde, kommen weitere Auflagen des Kantons an die Gemeinden, diese werden wir versuchen so gut es geht zu bewältigen.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und den umfassenden Bericht. Die EVP-Fraktion dankt ebenfalls dem GR dafür, dass er die Finanzen in Angriff genommen hat. Man ist auf einem guten Weg und der vernünftige Sparkurs soll so weitergeführt werden. Die Kantonspolitiker, die hoffentlich Burgdorf vertreten, sollen in Bern mal sagen wo Gott hockt.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, dankt für den guten Bericht. Der Geschäftsbericht ist interessant und angenehm zum Lesen sowie informativ. Es wurde mit grossem Engagement gearbeitet. Das strukturelle Defizit von 2 Mio. Franken bereitet auch der Grünen-Fraktion Sorgen. Es wird eine Herausforderung sein, das strukturelle Defizit zu beseitigen. Die Grünen-Fraktion wird den Geschäftsbericht genehmigen.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit dem Geschäftsbericht auseinandergesetzt hat. Es wurde bereits viel gesagt. Der Geschäftsbericht ist qualitativ gut. Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit der Jahresrechnung auseinandergesetzt. Der Ertragsüberschuss von 3.4 Mio. Franken sowie die leichte Abnahme der Verschuldung sind erfreulich. Die Gründe, welche für das gute Resultat beigetragen haben, sind im Detail bereits erläutert worden. Vor vier Jahren war der Ausblick für die städtischen Finanzen rabenschwarz. Aufgrund der Grossinvestitionen wie Schulhaus Pestalozzi und Eishalle ist man bis Ende 2011 von einem Bilanzfehlbetrag von 11 Mio. Franken ausgegangen. Etwa im Jahr 2009 ist von links-grüner Seite ein Stadtratsvorstoss betreffend Steuererhöhung eingereicht worden. Der GR hat den SR etwas später mit der Erhöhung der Liegenschaftssteuer beglücken wollen. Den Bürgerlichen wurde vorgeworfen, mit der vor rund 10 Jahren durchgedrückten Steuersenkung sei man Schuld an der desolaten Situation der Stadtfinanzen. Wie sieht es jetzt aus? Die erwähnten Grossinvestitionen wurden gemacht, der Satz für die Einkommenssteuer sowie Liegenschaftssteuer ist immer noch gleich hoch und das Eigenkapital der Stadt Burgdorf beträgt per Ende 2012 11.6 Mio. Franken. Das zeigt auf, dass auf allen Ebenen, GR, Verwaltung und Parlament, konstruktiv gearbeitet wurde. Wir kennen die Verzichtsplanungen und -übungen, welche durchgeführt wurden. Am Ziel sind wir noch nicht. Wenn man die Sondereffekte der Liegenschaftsausgliederungen ausklammert, so haben wir immer noch das strukturelle Defizit von gut 2 Mio. Franken. Es braucht weitere Anstrengungen in der Ausgabendisziplin. Die Verwaltung muss sich, wie das in der Privatwirtschaft üblich ist, grundsätzlich nach den Einnahmen richten. Ein näheres Zusammenrücken der verschiedenen Bereiche der Stadtverwaltung wird unumgänglich sein. Da ist aber der Eindruck, dass immer noch ein starkes "Gärtlidenken" herrscht. Die Budgetposten müssen ausgeschöpft werden, weil man sonst das Gefühl hat, dass diese im nächsten Jahr gekürzt werden. Ob zu diesem Thema die Diskussion grundsätzlich über NPM wieder einmal zu führen ist, Sinn oder Unsinn, lässt Stadtrat Muster Adrian im Raum stehen. Der SR kann dies zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgreifen. Die FDP-Fraktion steht für weitere Sparrunden auf der Ausgabenseite ein. Steuererhöhungen sollen immer so weit als möglich hinausgeschoben werden und das allerletzte Mittel sein. Gemeinderat Urech Peter hat bereits über den Wechsel der Revisionsstelle informiert. Stadtrat Muster Adrian möchte daran erinnern, dass man bei der nächsten Möglichkeit auch eine neue Revisionsstelle wählt. Die Localnet AG, die zu 100% der Stadt Burgdorf gehört, hat kürzlich an der GV nach sieben Jahren die Revisionsstelle gewechselt. Burgdorf würde auch gut dastehen, wenn man einen Wechsel vollzieht. Die FDP-Fraktion hat zur Rechnung keine weiteren Bemerkungen und empfiehlt dem SR den Anträgen des GR zuzustimmen.

Stadtrat Niederhauser David, namens der EDU, dankt allen Beteiligten für das gute Finanzresultat im Jahr 2012. Wie dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, konnte durch die Buchgewinne und die verschiedenen Sanierungsprogramme der Finanzhaushalt wesentlich verbessert werden. Die EDU ist froh darüber und dankbar für die geleisteten Anstrengungen. Sparen ist auch immer mühsam und schmerzhaft. Deshalb gehört der Dank dem GR, den Direktionen und insbesondere den städtischen Angestellten. Die Anstrengungen müssen weitergehen.

D e t a i l b e r a t u n g

(Seiten bzw. Produktgruppen ohne Bemerkungen werden nicht geführt.)

Einwohner- und Sicherheitsdirektion / Seite 136-173

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, hat eine Frage zur Seite 149 zum Kommentar zum Budget der Produktgruppe im dritten Absatz. Dort steht, dass ein neues Leistungsziel definiert wurde, aber nachher nicht ausgewertet wurde wie auf der Seite 152 ersichtlich ist.

Stadtschreiber Schenk Roman teilt mit, dass im Geschäftsbericht nur ausgewählte Leistungsziele der Produkte wiedergegeben werden. Es handelt sich nur um eine Auswahl. Dieses Leistungsziel wird im Produkt geführt, erscheint aber im Geschäftsbericht nicht. Es müssen nicht alle Leistungsziele der Produkte im Geschäftsbericht ersichtlich sein.

Stadratspräsident Ingold Rolf macht darauf aufmerksam, dass in den Grundlageakten die Produktdokumentation als pdf-Datei zur Verfügung stand. Das erwähnte Leistungsziel ist dort auf der Seite 55 ersichtlich.

Stadtrat Bucher Theophil möchte anregen, dass im Geschäftsbericht erwähnt wird, dass es sich um ausgewählte Leistungsziele handelt. So kann Missverständnissen vorgebeugt werden.

Stadratspräsident Ingold Rolf ist der Meinung, dass dieses Anliegen in der Einleitung eingefügt werden kann.

Bildungsdirektion / Seite 174 - 201

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass das Wirkungsziel 50/1 mit dem Indikator nicht zusammenpasst. Das Wirkungsziel wird auch nicht erreicht, man liegt deutlich darunter. Die Bildungsdirektion ist auf dem richtigen Weg, wenn die Strukturen angepasst werden, aber das Wirkungsziel, dass die Jugend ihre Laufbahn planen kann, ist ein langfristiges Ziel. Der Indikator mit dem Übertrittzeitpunkt kann so nicht gemessen werden. Trotz der kritischen Überarbeitung wurde dieser Umstand nicht geändert. Zudem steht auf der Seite 197 bei der Produktgruppe Kultur, dass die Leistungsziele erfüllt sind. Bei den Wirkungszielen sieht man jedoch, dass beide nicht erfüllt wurden. Diese Aussage ist deshalb etwas problematisch.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass dies noch korrigiert werden kann.

Finanzdirektion / Seite 226 – 247

Stadtrat Haller Dieter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass im Kommentar die 1.1 Mio. Franken höheren Kantonsabgaben nirgends begründet werden. Es stellt sich die Frage, ob Leistungen des Kantons übernommen werden. Was steckt dahinter? Im weiteren stellt sich die Frage, ob dieser Betrag jedes Jahr anfällt oder einmalig ist. Es betrifft die Finanzdirektion und Sozialdirektion.

Herr Muralt Christoph, Leiter Finanzen, orientiert, dass es sich dabei um den bereits von Gemeinderat Urech Peter erwähnten Wechsel beim Erwachsenen- und Kinderschutz handelt. Bei der Sozialdirektion werden in diesem Sinn keine Kantonsabgaben gemacht. Ein Teil des Aufwandes erhalten wir über den Lastenausgleich zurück. Der Beitrag der gesamten Sozialhilfe an den Kanton ist nicht Teil der Kostenrechnung. Dies ist im Gesamtzusammenzug auf der Seite 73 ersichtlich. 7.7 Mio. Franken werden in der FIBU abgebildet. Dabei handelt es sich um die Spezialfinanzierungen sowie den Beitrag an die Sozialhilfe. Zu Beginn von NPM hat man versucht, diesen Beitrag auf die Produktgruppen zu verteilen. Nach einer gewissen Zeit ist man aber wieder davon weggekommen, weil es schlichtweg nicht aufgeschlüsselt werden konnte. Der Beitrag muss bezahlt werden und ist bei keiner Produktgruppe hinterlegt. Deshalb sind Mehrkosten vorhanden. Bei der Kostenrechnung ist der Beitrag bei der Finanzdirektion enthalten, vor allem der neue Aufgabenteil mit den Mehrkosten. Bei der Aufgabenteilung ist es so, dass sie im Jahr 2013 vollzogen wurde. Es musste im 2013 bereits ein Beitrag bezahlt werden. Das alte Jahr wird jedoch rückwirkend abgerechnet, das heisst Mitte 2013 wird das Jahr 2012 abgerechnet. Der Kanton will bereits einen Vorschuss für das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Eigentlich hätte es im Jahr 2013 eine Doppelbelastung gegeben, aber man hatte vom Kanton die Bewilligung einen Teil bereits im 2012 zu belasten. In Zukunft sollte die Abrechnung einmalig sein. In der Planung wurde dies berücksichtigt. Wie es aussieht, fallen jetzt schon Mehrkosten an. Die effektiven Zahlen für das Jahr 2012 werden im Juli bekannt gegeben. Wegen dem Übergang hat es eine Doppelbelastung gegeben, dies war aber nur einmalig.

Anhang Einwohner- und Sicherheitsdirektion / Seite 248-255

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass auf der Seite 250 bei den Grafiken die vertikale Bezeichnung der Skala fehlt.

Stadratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass in der vorliegenden schwarz-weiss Version die Zahlen nicht ersichtlich sind. In der farbigen Vorlage in den Grundlageakten sind die Zahlen gut lesbar.

Der Vorsitzende informiert, dass über die Anträge einzeln abgestimmt wird.

Schlus s a b s t i m m u n g

1. Von den in der Kompetenz des Gemeinderates bewilligten Nachkrediten in den Produktgruppen 10, 11, 23, 36, 52, 63 und 70 wird Kenntnis genommen.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag 1.

2. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung in den Produktgruppen 10, 11, 23, 36, 52, 63 und 70 werden genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag 2.

3. Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2012, die mit einem Ertragsüberschuss von 3'418'388.67 Franken abschliesst, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag 3.

7. Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen

Stadratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass 14 Vorstösse und Aufträge, mit dem politischen Werdegang aufgelistet, vorliegen. Der Vorsitzende stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man zu den einzelnen Vorstössen und Aufträgen Stellung beziehen wird.

Vorstoss 1

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Vorstosses 1.

Vorstoss 2

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Auftrag erst abschreiben kann, wenn das Förderprogramm eingerichtet ist. Die GPK beantragt die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man den Antrag der GPK unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Vorstosses 2.

Vorstoss 3

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Vorstosses 3.

Vorstoss 4

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Vorstosses 4.

Vorstoss 5

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Vorstosses 5.

Vorstoss 6

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt. Die Frist ist nicht mehr verlängerbar. Die GPK bedauert, dass die Frist nicht eingehalten werden konnte, auch wenn dies mit den neuen kantonalen Vorschriften bei der Baubewilligung begründet werden kann.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man Lösungen finden muss damit die Termine eingehalten werden können.

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Abschreibung des Vorstosses 6.

Vorstoss 7

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt. Auch hier gilt, dass die Fristen eingehalten werden sollten.

Der Stadtrat beschliesst mit 32 Ja Stimmen bei 4 Enthaltungen die Abschreibung des Vorstosses 7.

Vorstoss 8

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Abschreibung des Vorstosses 8.

Vorstoss 9

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Vorstosses 9.

Vorstoss 10

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Vorstosses 10.

Vorstoss 11

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Abschreibung des Vorstosses 11.

Vorstoss 12

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Vorstosses 12.

Vorstoss 13

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Vorstosses 13.

Vorstoss 14

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst mit 31 Ja Stimmen bei 5 Enthaltungen die Abschreibung des Vorstosses 14.

8. Auftrag SVP-Fraktion betreffend Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Gemeindegebiet

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass ein Abänderungsantrag der GLP eingereicht wurde. Der Wortlaut liegt vor.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Aeschlimann Martin orientiert, dass die SVP-Fraktion mit diesem Auftrag ein einheitliches Temporegime für Ortsdurchfahrtsstrassen und Zufahrtsstrassen zum Quartier und Ortszentrum von Tempo 50 verlangt. Umgesetzte und in Planung befindende Massnahmen sollen rückgängig gemacht werden, sofern nicht unverhältnismässig hohe Kosten entstehen oder Verkehrssicherheitsfragen dagegen sprechen. Da es sich um Gemeindestrassen handelt und die abschliessende Kompetenz beim GR liegt, hat der Auftrag Richtliniencharakter. Die Kantonsstrassen fallen nicht in die Zuständigkeit des GR. Die Frage nach verkehrsberuhigenden Massnahmen beschäftigen den GR und SR schon längere Zeit. Im Mai 2008 hat der SR mit 18 zu 18 Stimmen mit Stichtentscheid des damaligen Stadtratspräsidenten Rauch Wilhelm den ersten Teil einer Motion überwiesen, wonach in den Quartieren flächendeckend Tempo 30 eingeführt werden soll. Der zweite Teil des Wortlauts wurde nicht überwiesen, weil die zeitlichen Komponenten eine rasche Umsetzung forderten. Das ganze war eine Reaktion auf einen früheren Vorstoss. Bereits im Jahr 2001 forderte ein Vorstoss Tempo 30 in den Quartieren. Der GR hat im Jahr 2008 eine Strategie zur Verkehrsberuhigung in Quartieren verabschiedet. Grundsätzlich hat man sich drei Temporegime vorgestellt und zwar Tempo 50, 30 und 20, sogenannte Begegnungszonen. Die Begegnungszone ist eine Burgdorfer Erfindung, die schweizweit Beachtung fand. Die Strategie sieht vor, dass auf nachgewiesene Mehrheitsanträge aus dem Quartier Tempo 30 verlangt werden kann. Das partizipative Mécano der Tempo 30 Einführung in Burgdorf hat eine Vorgeschichte. Das Vorgängerprojekt hiess Lebensraum Quartier und hatte zum Ziel, neue Tempomodelle in der Bevölkerung breit zu verankern. Mittlerweile konnte in verschiedenen Quartieren, wie aus der Vorlage ersichtlich, Tempo 30 mit verkehrsberuhigenden Massnahmen umgesetzt werden. Es wäre jetzt schwierig, wenn die Politik nun alles rückgängig machen will. Der Prozess, dass die Quartierbevölkerung miteinbezogen wird, ist ein Grund, dass die Ausgestaltung von Tempo 30 in den Quartieren verschiedene Gesichter hat. Die Quartierbevölkerung hat bei der Ausgestaltung mitgeholfen. Die Verkehrsberuhigungsmassnahmen beziehungsweise die Temporeduktion können aus mehreren Gründen ergriffen werden. Ein Grund ist die Verkehrssicherheit, ein weiterer der Lärmschutz sowie die Verstetigung des Verkehrsfluss. Es gibt Studien, die zeigen, dass bei einem Aufprall mit Tempo 50 drei von zehn angefahrenen Personen überleben. Beim Tempo 30 sind es bereits neun von zehn Personen. Dies hat etwas mit Physik zu tun. Die Energie eines bewegten Körpers nimmt im Quadrat zur gefahrenen Geschwindigkeit zu. Es ist ein sehr wichtiges Argument für Tempo 30 in den Quartieren. Verringerung von Lärm- und Abgasemissionen sind ein weiteres Argument für ein tieferes Temporegime. Je nach Lärmkataster der Strasse bedeutet dies, dass man sehr teure Lärmschutzmassnahmen ergreifen muss wie zum Beispiel Fenstersanierungen oder Lärmschutzwände. Es kann halt vorkommen, dass man von Tempo 50 in eine Zone mit Tempo 30 oder in den Quartieren in Tempo 20 kommt. Dies kann zu einem gewissen Schilderwald führen, aber wer die Fahrprüfung in Bern absolviert hat, weiss dass man innert kurzer Zeit in verschiedenen Zonen unterwegs ist. Die Meisten kommen damit auch zurecht. Wenn der formulierte Auftrag überwiesen wird, bedeutet dies nicht nur Kosten für den Rückbau, sondern auch für Lärmschutzmassnahmen. Die Verstetigung und Verflüssigung des Verkehrs bringt keine signifikante Zeiteinsparung. Dies ist nur über eine länger gefahrene Strecke der Fall. Es führt aber dazu, dass das Anfahren flüssiger vor sich geht und dadurch der Verkehr insgesamt profitiert. Es ist verständlich, dass die verschiedenen

Temporegime zuerst noch Fuss fassen müssen. Es zeigt sich aber, dass landauf und landab immer mehr verkehrsberuhigende Massnahmen umgesetzt werden. Auf den Strassen haben wir immer mehr Verkehr, die Verkehrsströme nehmen immer mehr zu.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass es im Auftrag nicht um die Verkehrsberuhigung auf den Quartierstrassen geht. Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des GR nicht zufrieden. Die SVP-Fraktion ist äusserst besorgt über die Entwicklung des Verkehrskonzeptes der Stadt Burgdorf. Was in den letzten 10 bis 15 Jahren in Burgdorf unter dem Titel Modellstadt für Langsamverkehr und Velo gemacht wurde, schiesst immer mehr über ein sinnvolles und verhältnismässiges Ziel hinaus. Ein gutes Zusammenwirken von motorisierten und nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern ist wichtig. Im Zusammenhang mit anderen Geschäften ist ans Licht gekommen, dass der GR und die Verwaltung immer noch weitere Temporeduktionen und Verkehrsberuhigungen ins Auge fassen. Die Verkehrsprobleme in Burgdorf werden immer grösser und der Schilderdschungel immer dichter und unverständlicher. Es ist deshalb an der Zeit zu handeln und vom SR ein Zeichen zu setzen. Die Burgdorfer Bevölkerung soll nicht immer mehr Einschränkungen auf den Verbindungsstrassen dulden müssen. Warum und wieso die SVP-Fraktion dies verlangt, kann im Vorstoss nachgelesen werden. Es geht darum, bei den aufgeführten Strassentypen Verkehrsbeschränkungen und Abweichungen von Tempo 50 zu verhindern oder vermeiden. Es geht vor allem um drei Kategorien von Strassen, nämlich die Ortsdurchfahrtsstrassen, die Hauptzufahrtsstrassen zum Zentrum und die grossen Zufahrten zu den Quartieren. Der motorisierte Verkehr, sei es privat oder gewerblich, muss sich angemessen in Burgdorf bewegen können. Es ist für das Gewerbe, die Wirtschaft und den Berufsverkehr von grosser Bedeutung. Es gibt zudem auch für Private und Burgdorfer und Burgdorferinnen zwischendurch gute Gründe ein Motorfahrzeug zu benutzen. Niemand der Auto fährt, möchte in Zeiten mit wenig Verkehr mit Tempo 30 durch die Ortsdurchfahrt tuckern oder alle paar Hundert Meter eine neue Geschwindigkeitsbegrenzung zur Kenntnis nehmen. Dies gilt im übrigen auch für die Velofahrer. Es sind heute bereits viele mit den Elektrovelos unterwegs, die weitaus schneller als 30 km/h fahren. Verkehrshindernisse und unverhältnismässige Geschwindigkeitsbegrenzungen behindern den Individualverkehr, ohne dass es nötig wäre. Zudem verliert die Stadt Burgdorf dadurch an Attraktivität. Dass man bei Stosszeiten statt mit Tempo 50 mit Tempo 30 schneller durch Burgdorf fahren kann, müsste zuerst belegt werden, zumal der Verkehrsfluss durch die Bahnübergänge unterbrochen wird. Die Verkehrssicherheit wird nicht schlüssiger, wenn man es immer wieder wiederholt. Es geht um die Verhältnismässigkeit, also um den konkreten Nutzen von Verlangsamungsmassnahmen und den Preis dafür. Man muss nicht darüber diskutieren, ob die Gefahren bei Tempo 30 geringer sind als bei Tempo 50. Bei Tempo 10 oder 20 wären die Gefahren noch kleiner. Was bringt dies denn konkret? Die Unfallzahlen sind bereits heute sehr tief und lassen sich durch andere Massnahmen effektiver vermindern, zum Beispiel mit Massnahmen im Bereich Verkehrsausbildung bei Kindern und Erwachsenen oder Beseitigung von ganz konkreten Gefahrenstellen anstelle von grossflächigen Geschwindigkeitsbeschränkungen. Wenn es um die Begründungen der Lärmsanierung geht, kann wiederholt werden, was Stadtrat Ritter Michael an der letzten Sitzung diplomatisch ausgedrückt hat, nämlich, dass sich die Stadt Burgdorf beim Kanton nicht so wahnsinnig gewehrt hat gegen die Forderungen. Komisch ist jedenfalls, dass man in keiner anderen Gemeinde in der Region jemals auf eine vergleichbare Situation gestossen wäre wie wir sie heute bei der Scheunenstrasse antreffen. Mit der Annahme des Auftrages wird der GR beauftragt, sich beim Kanton klar für Tempo 50 einzusetzen und im schlimmsten Fall auch andere Alternativen wie zum Beispiel Lärmschutzmassnahmen eingehend zu prüfen. In einem Argumentarium, das von der Baudirektion zur Verfügung gestellt wird, kann man zudem nachlesen, dass die Herabsetzung von Tempo 50 auf Tempo 30 und die Senkung des Schallpegels, wenn auch messbar, doch meistens nicht wahrnehmbar ist. Es ist festzuhalten, dass man gar nichts gegen die Förderung des Velo- und Fussgängerverkehrs hat. Viele der umgesetzten Projekte der Vergangenheit sind durchaus begrüssenswert. Die SVP-Fraktion verlangt auch nicht, wie es in der Antwort des GR suggestiert wird, in den Quartierstrassen Tempo 30 aufzuheben. Ebenfalls will man nicht, dass bestehende Beschränkungen wie zum Beispiel die Scheunenstrasse um jeden Preis wieder rückgängig gemacht werden. Für die bestehenden Beschränkungen will man eine Überprüfung, ob es wirklich nötig ist und es allenfalls rückgängig zu machen. Die Nachbargemeinde Kirchberg ist auch verkehrsgeplagt und kommt weitgehend ohne Fahrverbot und Tempo 30 aus. Das gleiche gilt für Langenthal. Der GR hat in der Antwort die Gemeinde Köniz erwähnt. Köniz ist ein Horrorszenario, was hoffentlich in Burgdorf nie erlebt werden muss.

Stadtrat Geiser Urs, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man ganz klar gegen den Auftrag ist. Der Auftrag bringt Burgdorf gar nichts. Bestehende Verkehrsberuhigungsmassnahmen aufzuheben, die begründet sind und sich bewährt haben, wäre ein Schildbürgerstreich. Es ist nicht bekannt, dass sich jemand in dem Schilderwald nicht zurecht gefunden hat. Die SP-Fraktion ist auch gegen den

Abänderungsantrag der GLP. Gemeinderat Aeschlimann Martin hat bereits viel zum Thema erklärt und erläutert. Es ist schade, dass man immer noch über den grundsätzlichen Nutzen von Tempo 30 diskutieren muss. Tempo 30 bringt einen massiven Sicherheitsgewinn. Es ist schade, dass man der Physik nicht glaubt. Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache. Dem GR wird für die Antwort gedankt. In der Antwort des GR ist alles Wesentliche gesagt. Die bfu hat sicher nicht auf Strassen ausserorts Tempo 50 verlangt. Es geht um ein enorm wichtiges Thema. Mit Prinziperei kommt man nicht weiter. Der VCS hat es in den neunziger Jahren versucht mit der Initiative Strassen für alle. Man ist grandios auf die Nase gefallen damit. In der Zwischenzeit fällt der TCS auf die Nase, weil er an Tempo 50 auf allen Hauptstrassen festhalten möchte. Man muss massgeschneiderte Lösungen situationsgerecht suchen und finden. Lärm macht krank, das ist eine medizinische Tatsache. Beim Lärmschutz wurde von den Behörden geschlampt und nun muss man dies nachholen. Die Behörden greifen deshalb auf Tempo 30 zurück. Man kann das als Notnagel sehen, aber mit diesem Notnagel spart man in der ganzen Schweiz dutzende Millionen Franken. Die SVP-Fraktion müsste eigentlich einen Freudensprung machen. Tempo 30 ist als Lärmschutzmassnahme auch eine sehr kühne, grüne und liberale Angelegenheit. Das Verursacherprinzip kommt zum Tragen und es geht auch um Selbstverantwortung. Verkehrsberuhigende Massnahmen müssen einleuchten und sinnvoll sein. Als Autofahrer kann man sich schikaniert fühlen, weil man nicht einsieht, was die Massnahmen bringen. Es ist falsch, dass in Burgdorf für die Velofahrer und Fussgänger bereits alles gemacht wurde. Die grösste Gefahr für Velofahrer sind nicht irgendwelche Schikanen, sondern die grossen Tempounterschiede aller Verkehrsteilnehmenden. Gute Politik ist, wenn man sich Handlungsspielräume bewahrt und eventuell ausweitet. In Köniz kann man Anschauungsunterricht nehmen: Tempo 30 auf Hauptstrassen funktioniert bestens. Der Auftrag wird abgelehnt.

Stadtrat Manz Pierre orientiert, warum er für die Aufhebung ist. Stadtrat Manz Pierre wird oft von Autofahrenden angegangen, weil er immer mit dem Velo unterwegs ist. Der Verkehr stört nicht. Die Sicherheit bei Tempo 50 ist noch gewährleistet. Die Häuser müssen so gebaut werden, dass sie umweltfreundlich sind. Dadurch ist die Lärmemission bereits weg.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, informiert, dass beide Seiten gute Gründe angegeben haben. Die Statistik betreffend Tempo 30 und 50 ist eindrücklich und offensichtlich. Darüber müssen wir nicht philosophieren. Das Problem ist die Zubringerstrasse in die Altstadt, also bei der Scheunenstrasse. Dort ist auch bei den Bürgerlichen das Fass übergelaufen. Es kann aber nicht sein, dass alles zurückgebaut werden muss. Diese Strasse ist viel zu schmal gebaut worden. Der Bus fährt ab und zu auf dem Trottoir. Man muss aufpassen, dass man es nicht übertreibt. Im Zusammenhang mit dem Lärmschutz hat man auch keine Pflastersteine mehr. Man hat vieles dafür gemacht. Der Lärmschutz ist kein Thema mehr. Die BDP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Stadtrat Rappa Francesco kann sich der SVP nicht anschliessen, aber dem Abänderungsantrag der GLP kann er zustimmen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, ist erstaunt, was Verkehrsberuhigungen alles sein sollen. Das glaubt man dann mit der Zeit fast selber. Es steht, dass verkehrsberuhigende Massnahmen schaden und man spricht von Schilderwahnsinn. Man muss deshalb aufpassen. Es hat in den neunziger Jahren spannende Untersuchungen gegeben zur Vorher- und Nachher-Situation an der Seftigenstrasse in Wabern. Es handelt sich dabei um die ersten verkehrsberuhigenden Massnahmen überhaupt. Die Uni Bern hat eine Studie erfasst, was diese Massnahmen gebracht haben. Der Verkehr hat auf dieser Strasse von 21'000 auf 22'000 Fahrzeuge zugenommen. Das ist deutlich mehr als in Burgdorf. Burgdorf hat auf der Hauptverkehrsachse 17'800 Fahrzeuge. Man hat eine konsequente Verkehrsberuhigung umgesetzt und den öffentlichen Verkehr auf das Haupttrasse zurückgenommen. Der Verkehr wurde dadurch verlangsamt und die Wartezeiten der Fussgänger am Bahnübergang hat abgenommen. Die Autos sind im Durchschnitt klar langsamer gefahren, aber die Durchfahrtszeit hat sich verkürzt. Es scheint unmöglich, aber durch die Massnahmen ergibt sich kein Handorgelsystem und keine Haltezeit mehr. Die Autos mussten weniger anhalten und stehenbleiben. An dieser Geschichte ist verblüffend, dass man tatsächlich für alle Teilnehmenden etwas erreichen kann. Diese Unterlagen sind eventuell auf der Homepage des Kantons noch abrufbar.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass man bereits zwei Vorstösse in dieser Richtung eingereicht hat. In der Schule wird gelernt, dass man auf den Schwächsten Rücksicht nehmen muss. Der Schwächste im Verkehr ist nun mal der Velofahrer und Fussgänger. Stadträtin Kuster Müller Beatrice könnte auf die Tränendrüse drücken und Geschichten über diverse Unfälle erzählen, aber sie tut es nicht. Die Ambulanz ist ein grosser Player unserer Wirtschaft. Die Ambulanzfahrer geben zu, dass sie sich über Tempo 30 aufregen, aber sie kommen nie zu spät zu einem Unfall. Sie vergessen es schlichtweg und zahlen fleissig Bussen. Das

Hauptproblem, sagen die Ambulanzfahrer, sind die Autofahrer, die schlichtweg keine Ahnung haben wie sie sich verhalten sollen, wenn ein Ambulanzfahrzeug mit Sirene und Blaulicht kommt. Beim Hofgutweg kann man Tempo 50 fahren. Dies wird ab und zu auch gemacht und ist lebensgefährlich. Die EVP-Fraktion empfiehlt, die eingeschlagene Strategie mit Tempo 30 beizubehalten oder auszubauen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, orientiert, dass man sich mit dem vorliegenden Auftrag auseinandergesetzt und dabei gemischte Gefühle hat. Einerseits ist ein Teil der Stossrichtung des Auftrages richtig. Es ist ein weltanschaulicher Kampf um den Auftrag. Es geht eigentlich nicht um die Grundsatzfrage ob Tempo 30 oder 50. Es geht auch nicht um die Frage wie viel Tempo 30. Das Problem, das der Auftrag anspricht, ist wo welche Geschwindigkeiten gelten soll. Die GLP kann sich mit der jüngsten Praxis des GR, insbesondere im Fall Bernstrasse-Scheunenstrasse, nicht anfreunden. Die GLP ist der Meinung, dass der GR in jüngster Zeit Tempo 30 auch auf nicht Quartierstrassen einsetzt. Dort macht es aber keinen Sinn. Dort treten auch die wichtigen Argumente der Verkehrssicherheit in den Hintergrund. Der Auftrag kann aber nicht in der vorliegenden Form unterstützt werden. Es sind Mängel vorhanden. Es ist störend, dass einzelne Strassen aufgeführt sind. Es ist nicht stufengerecht. Es sind zudem Strassen aufgeführt, bei denen Tempo 50 keine gute Idee ist. Letzendlich kann es nicht sein, dass der SR über einzelne Verkehrssignale entscheidet. Die ganze Geschichte mit dem Rückbau ist problematisch. Die Forderung in der vorliegenden Form ist zu undifferenziert. Die GLP ist der Meinung, wenn man verlangt etwas rückgängig zu machen, müsste dies konkret verlangt werden. Der Auftrag ist in dieser Form eine scheinheilige Argumentation, denn der GR wird gebeten, rückgängig zu machen, was nicht zu viel kostet. Die GLP hat sich deshalb entschieden, diese zwei Punkte auszubügeln. Die GLP hat deshalb einen entsprechenden Abänderungsantrag formuliert.

Abänderungsantrag GLP

Der Gemeinderat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass auf Ortsdurchfahrtsstrassen keine weiteren von Tempo 50 abweichenden Geschwindigkeitsbeschränkungen vorgesehen oder umgesetzt werden.

Gemeinderat Aeschlimann Martin ist nicht glücklich über den ideologischen Schlagabtausch, der geführt wird. In der Stadtratsvorlage vom 12. Dezember 2011 steht schwarz auf weiss, dass die Sanierung für den Langsamverkehr so erfolgt, dass eine Aufwertung bezüglich Verkehrssicherheit erreicht wird. Zu diesem Zweck wird ab der Jungfraustrasse eine Tempo 30 Zone eingeführt und ein Radstreifen angeordnet und die minimale Gehwegbreite mit 2 Metern bestimmt. Die Attraktivität für den übergeordneten Durchgangsverkehr soll nicht erhöht werden. Diese Ziele wurden so formuliert. Der SR hat der Vorlage zugestimmt und sie genehmigt. In Zukunft wird darauf geachtet, wo der Durchgangsverkehr betroffen ist, dass man in der Vorlage deutlicher erklärt, wo welche Tempolimiten gelten.

Stadtrat Rappa Francesco teilt mit, dass der SR nicht die Fähigkeit hat, aufgrund der formulierten Aussagen zu wissen, ob nun zum Beispiel zwei Lastwagen kreuzen können oder der Bus auf das Troittoir ausweichen muss.

Stadtrat Wyss Christoph teilt mit, dass die Signalisationstafel Tempo 30 vor dem Denner aufgestellt wurde und nicht erst bei der Einfahrt zur Jungfraustrasse. In der Vorlage war auch nicht ersichtlich, dass bei der schmalen Strasse noch eine Signalisationstafel bis in die Mitte der Strasse steht. Diese Vorgaben waren aus der Stadtratsvorlage nicht ersichtlich. Es sind andere Sachen eingeflossen und umgesetzt worden, die den Bogen überspannt haben.

A b s t i m m u n g

Gegenüberstellung

Wortlaut Auftrag SVP-Fraktion

Abänderungsantrag GLP

Der Stadtrat stimmt mit 11 gegen 9 Stimmen bei einigen Enthaltungen dem Wortlaut Auftrag SVP-Fraktion zu.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat lehnt den Auftrag mit 14 Ja und 19 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Gemeinderat Aeschlimann Martin teilt mit, dass man die vorgebrachten Voten entgegennimmt. In Zukunft wird man bei Projekten, welche die Durchfahrtsstrassen betreffen, klar kommunizieren wo welche Regime gelten.

9. Motion BDP-Fraktion betreffend Littering-Konzept für die Stadt Burgdorf

Gemeinderat Kummer Hugo informiert, was Littering überhaupt heisst und woher der Ausdruck kommt. Littering ist ein englisches Wort und bedeutet Abfall verstreuen, umher werfen und in Unordnung bringen. Littering beeinträchtigt unsere Lebensqualität, unser Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum und führt zu erhöhten Kosten in den Reinigungsdiensten. Es kann auch zu einem schlechten Ruf der Gemeinde führen. Veränderte Lebens- und Konsumgewohnheiten führen zu diesem grossen Problem. Der grösste Anteil von Littering kommt gemäss Studie von der fliegenden Verpflegung. Eine aktuelle Umfrage hat ergeben, dass 45,6 % der Meinung sind, es sei ein gesellschaftliches Problem. 31,7 % sind der Meinung, es sei ein Erziehungsproblem und 15,3 % meinen, es sei ein Konsumproblem. 7,9 % sind der Meinung, es sei ein Jugendproblem. Das Littering ist ein grosses Problem und betrifft auch Burgdorf. Sogar auf dem höchsten Berg der Welt mussten enorme Mengen an Abfall entsorgt werden. Gemeinderat Kummer Hugo hat an einer Veranstaltung zu diesem Thema teilgenommen und ausführlich diskutiert, wie man dieses Problem lösen kann. Man ist froh, dass es auch im SR ein Thema ist. Die BDP-Fraktion verlangt ein Litteringkonzept. Die Motion kann in dieser Form leider nicht entgegen genommen werden, weil das Anliegen in der Kompetenz des GR liegt. Der GR und die Baudirektion befassen sich schon länger mit diesem Problem. Im November 2012 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die das Problem in Angriff genommen hat. Unter der Federführung der Baudirektion werden in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion, Einwohner- und Sicherheitsdirektion, Finanzdirektion, Präsidialdirektion sowie den Schulen geeignete Massnahmen gegen das Littering erarbeitet. Littering ist ein gesellschaftliches Problem, das gelöst werden muss. Die Arbeitsgruppe ist tätig und erarbeitet auch die entsprechenden Anpassungen des Abfallreglements. Der GR ist klar der Meinung, dass die Motion als Postulat entgegen genommen werden kann. Burgdorf soll eine saubere Stadt sein.

Stadratspräsident Ingold Rolf möchte von den Motionären wissen, ob sie der Umwandlung ihrer Motion in ein Postulat zustimmen können.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR für seine Antwort. Die BDP-Fraktion ist bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Vorstoss wurde nicht ganz geschickt formuliert.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man das Postulat unterstützt. Die SP-Fraktion möchte aber nicht erneut ein Konzept, sondern Massnahmen gegen Littering.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, ist froh über die Zustimmung zum Postulat. Die BDP-Fraktion wird heute einen Vorstoss einreichen, der eine entsprechende Änderung der Gesetzesvorlage verlangt. Der SR wird gebeten, das Postulat anzunehmen.

Gemeinderat Kummer Hugo teilt mit, dass die Arbeitsgruppe die Anpassungen im Abfallreglement erarbeitet. Es wird nicht nur ein Konzept erarbeitet, man wird auch handeln und es wird etwas gemacht.

Der Stadtrat überweist mit 34 Ja und 2 Nein Stimmen das Postulat an den Gemeinderat.

10. Interpellation Beatrice Kuster Müller (EVP) betreffend Abfallentsorgung

Gemeinderat Kummer Hugo verweist auf die vorliegende schriftliche Antwort. Die Problematik ist bekannt und wird ernst genommen. Das Problem wurde bereits in der Geschäftsleitung diskutiert. Die Grünabfuhr wird eingehalten. Ein Faktor bei den Abfuhrdaten sind die besonderen Feiertage. In diesen Wochen entfällt die Grün- oder Papierabfuhr. Man hält sich an die vorgesehenen Ziele. Wenn es möglich ist, wird eher eine Abfuhr mehr durchgeführt. Dies hängt aber von den Feiertagen ab. Die Problematik im öffentlichen Raum ist bekannt. Die zum Teil überfüllten Abfallkübel in Burgdorf stören.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice ist der Meinung, dass es traurig ist, wenn man solche Fragen stellen muss. Die Bevölkerung wird in Rage gebracht und die Baudirektion in eine ganz blöde Situation. Die Baudirektion erledigt ihre Arbeit tadellos. Stadträtin Kuster Müller Beatrice dankt dem GR für die Antworten. Bei der Antwort zum Kehrrecht musste sie jedoch schmunzeln, nach dem Motto, wenn 20 zu schnell und 20 zu langsam fahren, ist der Durchschnitt wieder gut. Entweder hat man Litersäcke und füllt diese so oder man braucht kein Reglement. Die Abfallkörbe sind mit einem guten Prinzip ausgestattet, die man nicht mit dem Sackmesser öffnen kann. Die Interpellantin erklärt sich mit der Antwort des GR befriedigt.

Gemeinderat Kummer Hugo teilt mit, dass die Chauffeure Säcke, die nicht dem gültigen Standard entsprechen, mitnehmen und dann untersuchen. Wenn in den Säcken Etiketten oder Adressen gefunden werden, werden die entsprechenden Personen auch rechtlich belangt. Dies wird in kritischen Fällen so gemacht.

Die Interpellantin erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

11. Dringliche Interpellation Grüne Burgdorf und Mitunterzeichnende betreffend Neubau Velostation als Chance für Burgdorf und die Region

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass zuerst eine taugliche Velostation gebaut wird und dies auch Priorität hat. Das Projekt ist nun soweit fortgeschritten, dass man keine Änderungen oder Anpassungen machen will. Die Velostation soll nun endlich gebaut werden. Mit der Fertigstellung und der Herzroute haben wir dann die Möglichkeit, nach geeigneten Massnahmen zu suchen. Im Moment ist es aber zweitrangig. Die Tourismusbemühungen von Burgdorf wurden ausgelagert. Tourismus Emmental und das Tourist Office sind Partner der Stadt Burgdorf. Nach der Fertigstellung der Velostation ist man offen und wird eventuell etwas umsetzen. Mit der Herzroute ist man gut unterwegs. Die Herzroute feiert in Burgdorf ihr 10-jähriges Bestehen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, dankt dem GR für die ausführliche und klare Antwort. Es macht Sinn, dass die gewünschten Marketingmassnahmen auch von denen finanziert werden, die dies wünschen. Ein Satz in der Antwort erstaunt. Es steht, dass die Velostation eine Einrichtung der Stiftung intact Burgdorf ist. Die Velostation ist eine Einrichtung der Stadt Burgdorf und wird von der Stiftung intact betrieben. Die Stiftung kann sich selber vermarkten, es geht aber nicht darum. Bei der Interpellation geht es darum, wie sich die Stadt Burgdorf vermarktet. Die Herzroute vermarktet auch Burgdorf. Es wird zur Kenntnis genommen, dass gemäss GR kein Zeitdruck herrscht. Es bleibt aber eine Frage bestehen. Es sind zwei Akteure, Stiftung intact und Emmental Tours, die etwas betreiben, aber diese sind nicht automatisch koordiniert. Wie und durch wen dies koordiniert wird, ist aus der Antwort des GR nicht ersichtlich. Überlegungen und Massnahmen müssen nicht zwingend zu Mehrkosten führen. Man könnte zum Beispiel auch Sponsoren gewinnen. Dies umzusetzen, ist nicht durch die Stiftung intact möglich. Die Eröffnung der Velostation wäre eine gute Plattform für Sponsoren. Die Interpellanten erklären sich von der Antwort des GR teilweise befriedigt.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

12. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Motion BDP-Fraktion betreffend Littering-Gesetzesvorlage für die Stadt Burgdorf
- Interpellation Werner Weber (BDP) betreffend Kulturschaden verursacht durch "DAS ZELT" von über Fr. 60'000.--

Stadratspräsident Ingold Rolf informiert, dass er an der Generalversammlung der Spitex teilgenommen hat. Im weiteren hat der Vorsitzende die Stadt Burgdorf an der Generalversammlung der Busland AG vertreten. Zudem informiert der Vorsitzende über die nächsten Stadtratstermine. Am 22. August 2013 findet der Stadtratsausflug und am 26. August 2013 die Informationsveranstaltung des SR statt. Der Vorsitzende bittet alle Redner im SR in das Mikrofon zu sprechen, denn bei Lärm im SR versteht man ansonsten nicht immer alles. Der Vorsitzende wünscht allen eine wunderschöne Solätte und eine schöne Sommerzeit, viel Vergnügen und Erholung.

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass die GFL Burgdorf seit der Mitgliederversammlung im April 2013 neu Grüne Burgdorf heissen. Die Namensänderung erfolgte in Anlehnung an die Grünen des Kantons und der Schweiz. Die Parteienlandschaft in Burgdorf hat sich verändert und somit sollte es nicht zu Verwechslungen kommen.

Stadratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummetrunk reserviert ist.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadratspräsident



Rolf Ingold

Für das Protokoll



Brigitte Henzi

Burgdorf, 26. Juli 2013 / hbr